

NACH WIE VOR UNÜBERSICHTLICH

Stromrechnungen

Die Stromrechnungen der Steweg-Steg (SSG) müssen seit Jänner gesetzlichen Mindestanforderungen genügen. Tun sie nicht, fand KPÖ-Abgeordneter Werner Murgg und richtete eine diesbezügliche Anfrage an den Landeshauptmann.

Seit 1. Jänner 2007 müssen Stromrechnungen gesetzlich gewissen Mindestanforderungen betreffend Übersichtlichkeit für den Kunden genügen. So müssen vor allem die Energie- und Netzpreise getrennt ausgewiesen werden.

Die SSG, eine Tochter der Energie Steiermark, verschickt nach wie vor Stromrechnungen, die für den Laien kaum verständlich sind. Deshalb hat KPÖ-Abgeordneter Werner Murgg in der Fragestunde des Landtages Landeshauptmann Voves als Eigentümerversorger der Energie Steiermark mit diesem Problem konfrontiert.

In seiner Antwort sieht der Landeshauptmann die

„Mindestanforderungen an Rechnungen“ von der Energie Steiermark als bereits erfüllt. Allerdings scheinen auch dem Landeshauptmann die Stromrechnungen der SSG teilweise unverständlich zu sein. Franz Voves: „Als Kunde der SSG habe ich allerdings Verständnis für ihr Anliegen, da auch ich der Meinung bin, dass für die Kunden und Kundinnen diese Form der Abrechnung nach wie vor nicht verständlich genug ist...“

Der Landeshauptmann sagt in seiner Anfragebeantwortung abschließend zu, den Aufsichtsratsvorsitzenden der Energie Steiermark damit zu befassen.

KRANKES GESUNDHEITSSYSTEM

KAGES-Defizit

„Ausgelagerte“ Kredite verschleiern das Finanzdebakel der KAGES. Die KPÖ fordert Lösungen statt teurer Finanztricks.

Für die Steiermärkische Krankenanstaltenges. m.b.H. (KAGES) wurde für die Jahre 2007 bis 2011 eine Finanzierungsvereinbarung beschlossen. KPÖ und Grüne stimmten dagegen. Im wesentlichen sieht die Vereinbarung vor, dass die im Eigentum des Landes stehenden Spitalsimmobilien und -grundstücke an die KAGES, eine hundertprozentige Landestochter, übertragen werden.

In einem zweiten Schritt verkauft die KAGES diese Immobilien an eine erst zu gründende Landesgesellschaft. Mit dem Erlös, mehr als eine Milliarde Euro, sollen die kom-

menden Investitionsvorhaben in den Spitälern finanziert und das KAGES-Defizit teilweise abgedeckt werden. Da die neue Gesellschaft kein Geld hat, muss sie zur Finanzierung des Kaufpreises Kredite aufnehmen. Die Rückzahlung erfolgt durch die KAGES über Mieten an diese Gesellschaft.

Die KPÖ lehnt derartige Finanztricks, die letztlich Mehrkosten verursachen, ab. Sie tritt dafür ein, dem Gesundheitssystem endlich direkt die Mittel zukommen zu lassen, die zu dessen Erhalt und Ausbau notwendig sind. Beispielsweise durch die längst fällige Abschaffung der Höchstbeitragsgrundlage bei der Krankenversicherung oder die Einführung einer zur Finanzierung des Sozial- und Gesundheitssystems zweckgebundenen Vermögenssteuer.

KOMMENTAR

Alles für die Konzerne?

Von KPÖ-LABg. Werner Murgg



In der jüngsten Sitzung des Wirtschaftsförderungsbeirates haben sich die Vertreter der SPÖ ein besonderes Schmankerl geleistet! Zwei von drei anwesenden Sozialdemokraten sicherten mit ihrem Stimmverhalten der ÖVP und den Vertretern der Wirtschaft die entscheidende Mehrheit.

Worum war es gegangen? Zur Abstimmung stand der Vorschlag, den Firmen Sebring und AT&S zugestehen, dass sie entgegen dem Förderungsübereinkommen die festgelegte Beschäftigtenzahl auch durch Heranziehung des Leihpersonals erreichen können. Im Klartext: Normalerweise hätte Sebring mehr als 5.000 und AT&S mehr als 140.000 Euro an Förderungen zurückzahlen müssen, da die Beschäftigungsaufgaben nicht erfüllt wurden. Die Vertreter von Arbeiterkammer und ÖGB haben in der Diskussion deutlich darauf hingewiesen, dass eine Anerkennung von Leihpersonal bei Beschäftigungsaufgaben große Gefahren birgt. Schon heute wird

das Stammpersonal in großen Betrieben zugunsten von mit deutlich weniger Rechten ausgestatteten Leihpersonal reduziert. Eine Anerkennung von Leiharbeitskräften bei Arbeitsplatzförderungen könnte dieser für die Arbeiter und Angestellten nachteiligen Entwicklung weiter Tür und Tor öffnen. Namens der KPÖ habe ich mich in der Beiratssitzung der Argumentation von AK und ÖGB angeschlossen. Hätte das auch die SPÖ getan, wäre dieser gefährlichen Entwicklung ein deutlicher Riegel vorgeschoben worden. Einmal mehr hat die Sozialdemokratie jedoch bewiesen, daß sie im Zweifelsfalle immer auf der Seite der Konzerne steht.

Während der SPÖ-Gewerkschafter gegen die Anerkennung des Leihpersonals stimmte, sicherten die beiden übrigen SPÖ-Vertreter der Wirtschaft die Mehrheit. Frei nach dem Motto: Wer sich als Arbeiter oder Angestellter auf die SPÖ verlässt, ist schon verlassen!



„Operation KAGES“: teure Finanztricks statt Gesundheitslösungen